

Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Ein Beitrag im Anschluss an den FNPA-Workshop „Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie“

Einleitung:

Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine erweiterte, verschriftete Fassung meines Impulsreferats für die Abschlussdebatte eines vom *Forum neue Politik der Arbeit* (FNPA) organisierten Workshops. Unter dem Titel „*Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Mit welchen Risiken und Chancen hat die Pandemie die Arbeitswelt in Bewegung gebracht*“ hat der Online-Workshop am 10. Und 11. 09. 2021 stattgefunden. Die Veranstalter haben sich um eine rasche Dokumentation auf der Homepage des FNPA (www.fnpa.eu) bemüht. Dort findet sich auch eine aktualisierte leicht erweiterte Fassung meines Inputs, der dem hier vorgelegten Text zugrunde liegt. Die nun nochmals erweiterte Fassung habe ich auf meiner Homepage eingestellt, weil sie in der Kontinuität der beiden Texte, bzw. Textzusammenstellungen steht, die ich im Zuge meiner Mitarbeit an der Vorbereitung dieses Workshops im Laufe dieses Jahres bereits geschrieben und hier unter der Rubrik *sozialwissenschaftliche Texte, Arbeit und Politik* eingestellt habe. Es geht also mir darum - unbeschadet der Schwerpunktverlagerungen, die ich auf dieser Homepage gerade vollziehe – die Kontinuität und Weiterentwicklung meines arbeitspolitischen Engagements angemessen zu dokumentieren. Dazu entfalte ich meine Argumentation im Weiteren in fünf Schritten. Beginnen werde ich aber mit einigen Stichpunkten, die mir im Zusammenhang der Inputs und Debatten auf diesem Workshop besonders wichtig gewesen sind.

Vier Gewerkschafter*innen vermittelten uns zunächst mit knappen Inputs aus ihren jeweiligen Erfahrungsbereichen ein dichtes Bild der Auswirkung der Corona-Pandemie in verschiedenen Branchen und betriebl. Drei Berichte kamen aus dem Organisationsbereich von ver.di, dem Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, Dem Fachbereich Handel und dem Dachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, einer kam aus dem Bereich der Automobil- und Automobilzulieferindustrie im Organisationsbereich der IG Metall.¹ Die wichtigsten Stichpunkte, die ich festgehalten habe, lauten:

Die Erfahrungsberichte aus dem Organisationsbereich von ver.di stehen für Branchen, in denen die Arbeit der abhängig Beschäftigten während der Corona-Krise als systemrelevant aufgewertet worden ist. Der aus dem Organisationsbereich der IG Metall für eine Branche, die für den Industriestandort Deutschland zwar von herausragender Bedeutung ist, in dem aber die dortigen Arbeiterbelegschaften angesichts der Herausforderungen einer ökosozialen Transformation Erfahrungen einer sub-

¹ Zwei weitere ,Inputgeber aus den Organisationsbereichen der Gewerkschaften NGG und GEW mussten leider kurzfristig absagen.

stanzialen Abwertungsdrohung gemacht haben. Gruppen hochqualifizierter Beschäftigter aus diesen Branchen spielten in den Berichten nur am Rande eine Rolle.

- In Bereichen Systemrelevanter Arbeit sind Unzufriedenheit, Wut und wohl auch Mobilisierungspotenziale gewachsen. Sie unter den Bedingungen verdichteter Arbeit arbeitspolitisch zu entfalten ist jedoch schwierig. Es gelingt nur zum Teil.
- Im Organisationsbereich von ver.di geht es v. a. um Fragen sozialer Gerechtigkeit, der wirklichen Anerkennung bislang nur symbolisch aufgewerteter Arbeit (Gesundheitswesen), z.T. aber auch der Durchsetzung von wenigstens in Ansätzen akzeptablen Arbeitsbedingungen, so im Bereiche von Transport und Logistik unter zumeist äußerst schwierigen Handlungsbedingungen.
- Hier müssten, so die Diskussion, im Grunde auch Herausforderungen zu politischer Regulierung öffentlich zum Thema gemacht werden – bis hin zu Eigentumsfragen. Das ist aber, schon sehr viel bescheidener ansetzend, außerordentlich schwierig.
- Eine offene Frage war, ob die (nur) symbolische Aufwertung hier - und substanzialer Abwertungsdrohungen dort, neue Potenziale wechselseitiger Annäherung schaffen könnten.
- Für den Organisationsbereich der IG Metall lautete eine ernüchternde These, dass Corona strategische Versäumnisse der Vergangenheit klarer hervortreten lasse.
- Für die Industriegewerkschaften ist die Frage der ökosozialen Transformation besonders drängend. Die Industriearbeiter, Kern ihrer Mitgliedschaft reagieren da aber eher defensiv. Nähere Bewertungen der gewerkschaftlichen Konzepte hier blieben der Schlussdebatte vorbehalten.
- Einvernehmen zeichnete sich aber in der These ab, dass die Gewerkschaften auch Impulse von außen benötigten. Man müsste mehr offene Begegnungen organisieren, bräuchte Bündnispartner.

1. Die Gewerkschaften sind in der Defensive und Corona wirkt als „Brandbeschleuniger“

Unsere Gewerkschaften sind seit über dreißig Jahren in der Defensive - trotz ihrer im internationalen Vergleich institutionell noch immer relativ gut befestigten Machtposition. In den Diskussionen auf dem Kurswechselkongress der IG Metall im Jahr 2012 ist das zu Recht wiederholt betont worden. *Joachim Bishoff* und *Bernhard Mül-*

ler haben das in ihrem Artikel *Lohnarbeit während der Pandemie* nun erneut mit guten Gründen herausgearbeitet. Wir sollten das nicht verdrängen. Es ist vielmehr in einer Debatte über Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie als erstes In Erinnerung zu rufen. In Stichworten:

- *Die Lohnquote ist deutlich gesunken* - von ca. 71% 1980 auf ca. 63% 2016.
- *Der Anteil der Unternehmen mit Tarifbindung sank seit Mitte der 1990er Jahre* - im Westen Deutschlands von 70% auf 45% im Jahr 2020, in Ostdeutschland von vielleicht 68 auf 34%
- *Der Anteil der Beschäftigten ohne Tarifbindung und ohne Betriebsrat betrug 2020 42 bzw. 50%. Er ist in den vergangenen 25 Jahren sehr deutlich gewachsen.*
- *Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich gesunken.* - von 8 Millionen 1990, also vor dem kurzen „Vereinigungsboom“, auf ca. 6 Millionen 2018, seit 2005 immerhin bei leidlich stabilisierten Zahlen.

Ich denke, man muss von einem gewerkschaftlichen Macht-, aber auch Bedeutungsverlust sprechen, der sich bis heute noch immer weiter fortsetzt.² Im jüngsten Jahrbuch *Gute Arbeit*, warnen Richard Detje und Dieter Sauer, meines Erachtens sehr zu Recht, bei weiter fortgesetztem *interessenpolitischem Pragmatismus* drohe *den Gewerkschaften in der Transformationskrise Legitimationsverlust*.³

- Unsere Gewerkschaften sehen sich in dieser Lage mit den Herausforderungen einer ‚digitalen Transformation‘ konfrontiert. Die hat zweifellos vielfältig unterschiedliche Folgen, weshalb man der *der Digitalisierung* nicht sprechen kann,

² Um 1990 herum, also zu einer Zeit, zu der wir so nachdrücklich noch nicht von solcher gewerkschaftlichen Defensive gesprochen haben hat mir ein Vorstandsmitglied der IGBE im Zusammenhang einer damaligen Untersuchung über die Ortsgruppenarbeit dieser Gewerkschaft im Blick auf Grundlinien der Arbeits- und Industriepolitik seiner Organisation gesagt, Im Grunde habe man immer Politik aus der Defensive heraus gemacht, aber eben auch bewiesen, dass aus solcher Lage heraus sehr wohl erfolgreiche Politik möglich sei. Dem kann man sehr weitgehend zustimmen. Die Frage ist aber, ob nicht in Zeiten wirklich tiefgreifender Umbrüche, also heute der Herausforderung zu einer sozial-ökologischen Transformation, der Bedarf nach alternativen Zukunftsentwürfen als Voraussetzung offensiver Handlungskonzepte massiv anwächst.

³ Mit dem Begriff der *Interessenpolitik* habe ich allerdings meine Probleme. In meiner Textzusammenstellung *Transformation und Demokratie* habe ich dazu geschrieben: Politik ist für mich, mit Hannah Arendt, das *Übersteigen von Interessen*, nachdem diese, klar artikuliert, In den politischen Prozess eingebracht worden sind. Dann geht es um das Finden neuer Lösungen, die Partialinteressen verknüpfen können - und nicht einfach um Kompromisse. Hinter *Interessenpolitik* vermute ich dem hingegen immer noch das Fortwirken eines nicht zu Ende gedachten Verständnisses von ‚objektiven‘ Klasseninteressen. D. Hensche hat in seinem glänzenden Beitrag zum *Jahrbuch Gute Arbeit 2021* die *Falle vorschnell verallgemeinerter Interessen* (a. a. O. 110) völlig zu Recht mit großem Nachdruck betont. Ich denke das liegt auf der Linie meiner hier nur knapp skizzierten Vorbehalte.

wie Nicole Mayer Ahuja zu Recht betont.⁴ Doch sie wird durch eine drohende ökologische Katastrophe zusätzlich massiv forciert. Eine wachsende Verunsicherung der abhängig Beschäftigten ist die Folge.

- Die IG Metall hat angesichts solcher Herausforderungen in diesem Jahr mit dem Papier *Sicherheit im Wandel* versucht, Schlussfolgerungen aus den Kämpfen der Vergangenheit zu ziehen und Mut für die Zukunft zu machen. Das Papier zeigt: es gab in einer Zeit chronischer Defensive - spätestens seit Beginn des neoliberalen Rollbacks um die Mitte der 1970er Jahre - durchaus beachtliche Erfolge.
- Aber Corona verschärft heute die Herausforderungen. Die Pandemie wirkt vor dem Hintergrund von schon weithin verbreiteten Erfahrungen von „*Krise als Dauerzustand*“ angesichts eines durch stetige Umstrukturierungen geprägten Betriebsalltags, wie ein „*Brandbeschleuniger*“, so die IG Metall in diesem Papier. Sie hat die Arbeitswelt in Bewegung gebracht, sagen 63% der Befragten in der Untersuchung von Hajo Holst u. a. an der Uni Osnabrück.
- Richard Detje und Dieter Sauer sprechen von *Kaskaden, die Verstärkungs-, Krisenverlängerungs- und Ausdifferenzierungseffekte haben. In ihrem Sample taucht die „Corona-Krise“ Betriebe und Arbeitsmärkte nicht in ein nivellierendes Licht, sondern fächert die Lageunterschiede weiter auf. Die Unübersichtlichkeit wird größer*
- Der IG Metall-Vorsitzende *Jörg Hoffmann und Katrin Mohr* sprechen von wachsenden Zukunftsängsten und außerordentlich großer Verunsicherung in den Belegschaften, bis in die Stammebelegschaften hinein.

2. Unterschiedliche Betroffenheit und ein drohendes weiteres neoliberales Rollback

Es hieß ja lange Zeit, diese Pandemie beträfe alle gleich. Dass das nicht so ist, nicht nur global, sondern auch hier in Deutschland, ist seit langem klar (Bischoff/Müller 2020). Die Untersuchung von Hajo Holst u.a. zeigt – ebenso wie die von Richard Detje und Dieter Sauer (2021), oder auch die Beiträge zu dem FNBPA-Workshop: Es gibt es *vertikal* (also von oben nach unten, von akademisch Ausgebildeten bis zu Angelernten) und *horizontal* (also nach Arbeitsbereichen wie: Interpersonelle Dienstleistungen, technisch-industrielle Arbeit, administrative Tätigkeiten, Selbständigkeit) deutlich *ausgeprägte Unterschiede*.

- Die Inputs an den beiden Tagen des Workshops haben das vielfach unterlegt. Branchen sind unterschiedlich betroffen. Es spielt eine große Rolle, ob Men-

⁴ So kommt es etwa zur Ersetzung, aber auch zur Erleichterung menschlicher Arbeit, zu neuen Steuerungssystemen, Geschäftsmodellen aber auch Formen der Unternehmensorganisation (Mayer-Ahuja 2021, 78),. Entsprechend wachsen die arbeitspolitischen Herausforderungen zur aktiven Mitgestaltung der tiefgreifenden Veränderungsprozesse durch die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen.

schen auf die eine oder andere Weise prekär betroffen sind. Auch die Wohnverhältnisse oder die Stadtteile, in denen man lebt, sind hier wichtig.

- Wir ist viel dazu vorgetragen und diskutiert worden, wie die betrieblichen Interessenvertretungen und wie unsere Gewerkschaften arbeitspolitisch mit den großen Herausforderungen der Pandemie umgegangen sind.
- Richard Detje und Dieter Sauer sprechen in ihrer Untersuchung vom autoritären Durchgriff nicht weniger Geschäftsleitungen in der ersten Phase der Pandemie, gar von der *Rückkehr des manageriellen Patriarchen*. Aber sie haben auch Beispiele *neuer Kollegialitäts- und Solidarerfahrungen in der Krise gefunden* - vor allem im Bereich des Gesundheitswesens.
- Klaus Mertens sieht in seinem Workshop-Input aufgrund seines Überblicks über Teile der Metallindustrie die Betriebsräte *unter Druck*. Er meint, das politische Selbstbewusstsein der ehrenamtlichen Funktionäre sei nicht mehr das einer älteren Betriebsrätegeneration. Angesichts des Verlustes unmittelbarer Erfahrungsaustausche und persönlicher Kontakte infolge von Corona habe es weiter gelitten.
- Die Osnabrücker Untersuchung und der Input von Agnes Kessler zeigen: aus Sicht der Befragten spielt Arbeitspolitik eine große Rolle. Die Wissenschaftler*innen sind zugleich auf eine für sie überraschend große Zufriedenheit der von ihnen Befragten gestoßen.
- Das hat nach meiner Überzeugung viel mit Ansprüchen zu tun, die die angesichts der Erfahrungen eines mehr als drei Jahrzehnte andauernden neoliberalen Rollbacks gegen unsere wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien nicht übermäßig hoch sind. Vielleicht kann man – mit Harald Wolf und Knut Tullius (2016) - von einer *konkret-nützlichen Beteiligungsorientierung* als Erwartungsrahmen sprechen. Darin wäre eine hingegenommene *konkrete Arbeits- und Leistungslogik* aber immer noch *aufs engste mit Beteiligungsansprüchen verschränkt*. Auch durch die Erfahrung neuer Ungerechtigkeiten infolge neuerlicher massiver Umbrüche in Folge von Corona ist sie in Frage gestellt.
- Die Osnabrücker konstatieren angesichts der Pandemie aber auch (a) die Erwartung einer gerechten Lastenverteilung, (b) Forderungen nach Schutz und (c) Forderungen/Erwartungen nach Information und auch Beteiligung.
- Für sie ist offen, ob die Klassenunterschiede in der Betroffenheit, die den Befragten präsent sind, ob die Vertiefung sozialer Spaltung, die erkennbar ist, zukünftig zu einer Belebung von Klassendynamiken führen wird.
- Es gibt aber auch andere Untersuchungen, z. B., eine aus Österreich, in denen davon gesprochen wird, dass nach der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 und nun Corona *der Modus des Abfindens zerstört wurde*. Es gebe als so etwas wie eine Störung einer vorherigen *demoralisierten Akzeptanz*.
- Richard Detje und Dieter Sauer gehen so weit noch nicht. Aber man kann angesichts ihrer Untersuchungsergebnisse durchaus vermuten, dass es sozusagen unter der Oberfläche rumoren könnte.

Das ist, ganz grob, das Bild, das ich nach den drei bisherigen Corona-Wellen gewonnen habe. Es ist durch die Inputs und Diskussionen auf dem FNPA-Workshop im Wesentlichen bestätigt worden. Und es verändert diese Republik.

3. Symbolische Auf- und substanzielle Abwertungsdrohungen ändern nichts an der Bedeutung industrieller Kernbereiche für unser Land. Doch die Herausforderung der digitalen und ökologischen Transformation haben etwas verändert und müssen angegangen werden

Und in der Tat *im Handumdrehen*, so Detlev Hensche (2021a) in einem Artikel im *Sozialismus*, gab die Bundesregierung *ihren Widerstand gegenüber gemeinsamen europäischen Anleihen auf*, hatte sich die *schwarze Null*, jedenfalls auf Zeit erledigt, wankte das *Dogma der Austeritätspolitik*. Aber das ist, so schreibt er zu Recht, nur eine *Momentaufnahme*..

Die Frage ist, womit hier nach der Bundestagswahl zu rechnen ist. Programmatisch orientiert sich die CDU an wirtschaftsliberalen Vorstellungen, also den alten Rezepten. Armin Laschet hat auf seinen Koalitionspartner in NRW geschickt. Für viele überraschend ist es dann zu einer Trendwende in den Meinungsumfragen gekommen.⁵ Als letzte der beiden früheren großen Volksparteien sind nun auch CDU und CSU von einer Krise, der des Konservatismus eingeholt worden. Wie deutlich, oder gar radikal nun ein Kurswechsel unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ausfallen wird, ist abzuwarten. Immerhin dürften sich die Chancen auf so etwas wie einen grünen New Deal – in Deutschland und vielleicht auch innerhalb der EU – ein wenig verbessert haben. Die Frage nach einer aktiven Rolle der Gewerkschaften stellt sich in diesem Zusammenhang.

- Es hat auf dem FNPA-Workshop viele Berichte dazu gegeben, wie sich die Pandemie auf die alltägliche Interessenvertretungsarbeit auswirkt und wie Gewerkschafter*innen vor Ort auf die entsprechenden Herausforderungen nach geeigneten Antworten suchen. Die Skepsis hat überwogen.
- Aber bei aller Betonung der Bedeutung von Initiativen ‚von unten‘ gilt: Vor allem unsere Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, überzeugende Vorschläge für (arbeits)politische Handlungsansätze zu entwickeln, die Perspektiven aufzeigen können. Es braucht ein entsprechendes arbeitspolitisches Angebot ‚von oben‘, damit sich ‚unten‘ in breiterem Maße Lernprozesse und innovative Impulse entfalten können.
- Das verknüpft sich mit den Debatten um die Herausforderung der digitalen und ökologischen Transformation. Auch dazu hat es auf dem Workshop Bei-

⁵ Zu den Gründen wird viel geschrieben und spekuliert. Viel spricht für einen verbreiteten Wunsch der Wähler*innen nach moderaten Veränderungen bei Wahrung von Kontinuitäten. Der These Albert Einsteins, dass die Verursacher von Problemen zumeist nicht sonderlich gut geeignet seien, sie anschließend zu lösen, werden sie, so ist zu befürchten, eher nicht so klar zugeneigt gewesen sein. Immerhin ist das Bewusstsein der Krisendrohungen aber gewachsen.

träge gegeben. Unter der Überschrift *Demokratie in der Arbeit* ist das auch schon das Leitthema der aktuellen Ausgabe des Jahrbuchs Gute Arbeit.

- Die IG Metall hat in diesem Zusammenhang, wie oben erwähnt, die Erfahrungen mit früheren strukturellen Umbrüchen unter der Überschrift *Sicherheit im Wandel* zusammengefasst. Diese Erfahrungen zeigen, dass und wie erhebliche Strukturbrüche in der Vergangenheit nicht ohne Erfolge gewerkschaftlich mitgestaltet worden sind – insbesondere dort, wo unsere Gewerkschaften, etwa in der Montanindustrie vor den immer massiver werdenden Anpassungszwängen erhebliche eigene Machtpositionen haben aufbauen können.
- Man kann sich aber fragen, ob die gegenwärtig beginnende Transformation von Kernbranchen der Wirtschaft unter dem erkennbar wachsenden Druck der immensen ökologischen Herausforderungen heute mit dem Begriff des Wandels wirklich angemessen zu erfassen ist. Meine These wäre hier viel eher, dass wir es mit wirklich tiefgreifenden Umbrüchen zu tun haben.⁶
- Zugleich zeigt die Aufbereitung früherer Erfahrungen, dass unsere Gewerkschaften sich in der Vergangenheit ganz wesentlich auf die soziale Absicherung der abhängig Beschäftigten konzentriert, alle ökonomischen Fragen der Gestaltung des wirtschaftlichen Wandels aber wesentlich Wirtschaft und Politik überlassen haben.⁷

Heute hingegen wird von einigen kritischen Geistern auch gefragt, wie neue oder lange vernachlässigte wirtschaftspolitische Handlungsfelder und bislang nur in Ansätzen entwickelte Instrumente aussehen könnten, mittels derer es denkbar wäre, Anpassungszwänge im Ergebnis von Strukturbrüchen, die durch eine weiter entfesselte Marktlogik eher schlimmer werden, auch wirtschaftspolitisch aktiv und anders zu gestalten. Die *Mobilisierung des Wissens der Beschäftigten* selbst und eine *Regionale Strukturpolitik* sind hier Stichworte. Über entsprechende organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen einer solchen demokratisch legitimierten Politik wäre weiter nachzudenken.⁸

⁶ Schon angesichts der Weltfinanzkrise 2008 ist bei einigen wissenschaftlichen Beobachtern, und sogar für ganz kurze Zeit vereinzelt auch im herrschenden Politikbetrieb, von einer *Zeitenwende* die Rede gewesen. Das wiederholt sich heute wieder – insbesondere angesichts der drohenden Klimakrise. Aber näher betrachtet ist die Parole aus der Perspektive in den Metropolen dieser Welt doch eher: *alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist*. Der Titel des Workshop-Inputs von Klaus Mertens *alles bleibt anders* spielt darauf an. Wie in dem Roman *Der Leopard* von Giuseppe Tomasi di Lampedusa ginge es also, aus der Perspektive herrschender Eliten, um ein Konzept der ‚passiven Revolution‘.

⁷ In älteren FNPA-Debatten zur Bilanzierung der Mitbestimmung, dieses Diskussionsergebnis ein wesentlicher Befund gewesen. Ich selbst habe langjährig zur Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb geforscht, und ich sehe meine eigenen Forschungsergebnisse hier immer wieder bestätigt.

⁸ Im FNPA führen wir entsprechende Debatten seit mehr als zehn Jahren – zunächst unter der Überschrift einer *neuen Wirtschaftsdemokratie* (Martens 2010, Martens/Scholz 2011), seit 2018 unter der Überschrift *Arbeit und Demokratie*.

4. Überlegungen zum politischen Mandat der Gewerkschaften

Klaus Dörre (2020) spricht von einer *ökonomisch-ökologischen Zangenkrise*, der wir uns heute gegenübersehen. Er hat deshalb einen *Labour-Turn* bei den Ökologen, einen *Klimat-Turn* bei den Gewerkschaften gefordert, und er hat auf wechselseitige Offenheit und Toleranz gesetzt. Nur so könne der gesellschaftspolitische Druck erzeugt werden, der erforderlich sei, um die die Akteure in den bestehenden politischen Institutionen zu einem grundlegend neuen Nachdenken zu veranlassen.

Das führt mich zu der Frage, ob und wie die Gewerkschaften gegen ihren oben angesprochenen Macht- und Bedeutungsverlust an, heute ihr politisches Mandat wahrnehmen wollen und können. Detlev Hensche hat diese Frage unlängst in einer Intervention zum 60. Geburtstag von Hans-Jürgen Urban in der Zeitschrift *Sozialismus* aufgeworfen. Er verweist auf Anknüpfungspunkte:

- erstens wachsende Einsicht in die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen angesichts der drohenden ökologischen Krisenentwicklungen;
- zweitens die Erwartung der Abhängig Beschäftigten von gerechten Lösungen, von Information und Beteiligung;
- drittens den Umstand, dass das *Hohe Lied der Globalisierung* im neoliberalen Geist, *dissonant* wird;
- viertens auf die Aufwertung der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge, gerade aus Sicht der Masse der abhängig Beschäftigten.

Er wirft aber zugleich die Frage auf, wie die Gewerkschaften in einer Lage, in der Viele *hinsichtlich Arbeitsplatz und Beruf einer ungesicherten Zukunft entgegensehen* - weshalb es eben aus gewerkschaftlicher Sicht um *Sicherheit im Wandel* geht -, ihre Mitglieder mitnehmen könnten, wenn es aus ökologischer Sicht, also der von sozialen Bewegungen dort, weitergehend um Veränderungen unserer ganzen Lebensweise gehen sollte – während die Protagonisten eines nur wenig modifizierten „Weiter-So“ Ängste und drohende *Verbote und Eingriffe* in unsere *Lebensgewohnheiten* an die Wand malen.

5. Ein paar nüchterne, vielleicht ernüchternde Bemerkungen zum Schluss

Die Herausforderung der drohenden ökologischen Katastrophen sind immens. Wir spüren sie zunehmend auch „hautnah“ hier im Lande. Unser Forum beteiligt sich an entsprechenden Debatten.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für Antworten wichtig – und die Klimakrise wird seit langem beforscht. Hier sind verfügbare gesicherte Erkenntnisse ungleich fundierter, als das bei dem neuen Phänomen der Corona-Pandemie der Fall ist. Aber jede politische Antwort auf Herausforderungen einer immer offenen Zukunft ist ein Wagnis

Die Politik eines nur leicht modifizierten „Weiter so“ ist allerdings derzeit sicherlich das größte Wagnis, das man eingehen kann. Ob Elektromobilität, also eine fortgesetzte Priorität des Individualverkehrs, einen Lösungsweg eröffnet, ist ja keineswegs sicher. Der Ressourcenverbrauch in der Wertschöpfungskette sei sehr hoch, sagen manche Experten. Dass zudem im Sommer dieses Jahres scheinbar überraschend klar wurde, das man sehr viel mehr Strom erzeugen muss, als zunächst gedacht, damit die E-Autos dann auch fahren können, erhöht mein Vertrauen in den herrschenden Politikbetrieb auch nicht gerade.

Mein Eindruck ist, dass die Antworten, die der herrschende Politikbetrieb anbietet immer noch unzulänglich sind. Was ist, wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise tatsächlich grundlegender verändern müssen – worauf die Corona-Erfahrungen ja Hinweise gegeben haben – z.B. in Bezug auf unsere Gesundheitswirtschaft – so die Umformulierung, die sich seit Beginn dieses Jahrhunderts zunächst einmal eingebürgert hat -, oder in Bezug auf die Anfälligkeit von Lieferketten im Ergebnis einer exzessiven Globalisierung. Mir scheint vieles, was in NGOs diskutiert oder von „fridays for future“ gefordert wird, sehr überzeugend.

Aber wie viel Überzeugungskraft haben unsere Gewerkschaften heute noch, wenn es wirklich um die (Um)Gestaltung unserer gesamten Arbeits- und Lebensweise gehen sollte, wenn Detlev Hensche Recht hat mit seiner These, dass es mittlerweile um den *Nerv unserer sozialen Existenz* gehe und *der Begriff der Transformation eher wie eine euphemistische Umschreibung einer existenziellen Dramatik* klinge?

In den aktuellen gewerkschaftlichen Diskussionen zu *Transformation und Demokratie*, etwa im jüngsten Jahrbuch *Gute Arbeit*, wird zunehmend größeres Gewicht auf die demokratische Beteiligung der Beschäftigten selbst gelegt. Es bedarf, so argumentieren Gewerkschafter*innen zunehmend, für die erfolgreiche Erprobung von Lösungsansätzen der Beteiligung von unten. Doch wo es konkreter wird, wird letztlich immer mehr oder weniger pragmatisch von den gegebenen (noch) institutionell befestigten Grundlagen der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen ausgegangen. Doch kaum einmal wird dann systematisch reflektiert, dass, do Detlev Hensche, die vermeintliche *Erfolgsgeschichte der Mitbestimmung eher als eine Geschichte zurückgenommener Ansprüche* begriffen werden müsste,⁹ ihre Geschichte - und deren vorherrschende gewerkschaftliche Interpretation - also in der notwendigen Schärfe erkennen lassen.

⁹ Dass die Mitbestimmung Erosionsprozessen unterliegt, ist inzwischen ein Gemeinplatz und wird in mehreren Beiträgen zu dem Jahrbuch angesprochen. Doch nur Hilde Wagner hat die richtige und sehr kritische Einschätzung D. Henschkes immerhin angetippt, dass diese Mitbestimmung von unseren Gewerkschaften im Zweifel schön geredet wird, um dann mit konkreten Forderungen weiter an sie anzusetzen. Im Historiker Arbeitskreis der HBS – aber das ist ja eine akademische Veranstaltung, die weit genug von der Praxis weg ist -, ist immerhin in einem Arbeitspapier der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von Bernhard Gotto (2019) gut fundiert gefragt worden, ob es sich bei dem MitbestG'76 um einen *schön geredeten Misserfolg* handele.

Die gewerkschaftliche Hoffnung ist, dass sich daraus eine Dynamik entbinden lassen könnte, die es möglich macht, eine *neue Politik der Arbeit* zu entfalten, die verknüpft mit ökologischen Bewegungen weitergehende Veränderungsperspektiven eröffnen könnte. Im Grunde ist das schon vor zwanzig Jahren die Hoffnung gewesen, als wir mit der Arbeit unseres Forums Neue Politik der Arbeit begonnen haben. Allerdings haben wir von Beginn unserer Debatten an gefragt, ob nicht gerade die Veränderungen von Arbeit – damals soziologisch unter den Vorzeichen ihrer *Subjektivierung, teilweisen Entgrenzung und Flexibilisierung* diskutiert, Anknüpfungspunkte für eine neue *primäre Arbeitspolitik* bietet, bei der neue Antworten auf die Herausforderungen der Zeit im Zuge der Selbsttätigkeit, des *Selbertuns* der Menschen gefunden werden könnten.¹⁰

6. Und zuletzt eine gewerkschaftssoziologische Reflexion

Es ginge nach dem, was ich hier zusammengefasst habe, um Beteiligungsansätze wie die Kampagne *besser statt billiger* der IG Metall von einer *Flucht nach vorne* – so hat sie vor fast zehn Jahren Steffen Lehndorff charakterisiert – zu einem weiterzielenden strategischen Ansatz zu entwickeln. Bündnispartner dafür finden sich vermutlich eher auf Seiten der Ökologiebewegung als im herrschenden Politikbetrieb.¹¹ Aber zu bedenken ist: unsere Gewerkschaften sind längst aus einer alten sozialen Bewegung heraus Institutionen der gefährdeten sozialstaatlichen Ordnung dieser Republik geworden. In meinen Worten *Institutionen der lebendigen Arbeit*. Sie sind dazu aus einer umfassenderen sozialen Bewegung heraus im Verlauf ihrer langen Gewerkschaftsgeschichte geworden, in der sie hier bei uns vor allem nach 1945 eine institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft maßgeblich mitgeprägt haben. Das prägt heute ihre Handlungsbedingungen ebenso wie die sie leitenden Orientierungen. Und das kann man auch ganz praktisch beobachten.

Michael Vester hat die unvermeidlichen Folgen solcher erfolgreicher Institutionalisierung in seiner historischen Analyse der frühen englischen Arbeiterbewegung prägnant analysiert. Aus der radikal antikapitalistischen Chartistenbewegung von 1840 sei

viel Unruhe und Bewegung unter Millionen von Menschen entstanden, aber keine kontinuierlich und stabil organisierte, geeinte, erfahrene und ideologisch gefestigte Klassenbewegung. Organisatorisch gefestigt waren nach den 1840er Jahren nur noch die Gewerkschaften. Sie konnten, da die Arbeiter in den Betrieben eine notwendige Kooperation eingingen, nicht aufgelöst werden

¹⁰ Siehe dazu u.a. Martens/Peter/Wolf 2001 sowie Scholz u. a. 2006.

¹¹ In der Diskussion zu den Inputs der Gewerkschaftspraktiker*innen zu Beginn unseres Workshops gab es im Zusammenhang der ‚Bündnisfrage‘ und der Forderung nach Offenheit für Begegnungen, etwa mit ‚Fridays for Future‘ unter anderem den Hinweis auf die seinerzeitigen Bezüge zwischen Studenten- und Lehrlingsbewegung. Mir kam an dieser Stelle ein Satz Albert Camus‘ in den Sinn. Er lautet: *Die Jugend steht immer am gleichen Ufer.* .

Und einige Seiten später fährt er fort: dass damals die Fremdheit der neuen Verhaltenszumutungen die Radikalität der frühen englischen Arbeiterbewegung erklären möge, die

In ihren Anfängen die große utopische Alternative – formuliert z.B. in den genossenschaftlichen Entwürfen des Owenismus – viel deutlicher erkannte als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und als sekundäre Teilhaber des wirtschaftlichen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt wurden.

Selbstverständlich kann es heute nicht um ein schlichtes Zurück zu radikalen Anfängen gehen. Die Herausforderungen unserer Zeit in einer nach mehreren industriellen Revolutionen seither global verflochtenen Wirtschaft, die ökologisch an Grenzen stößt, sind andere. Ihnen wird nur durch neue evolutionäre Impulse zu entsprechen sein. Vielleicht können sie im Zuge eines grünen New Deals freigesetzt werden. Allerdings sollte einem Vesters Formulierung von der *sekundären Teilhaberschaft des wirtschaftlichen Wachstums* aber heute zu denken geben.

Unser DGB-Grundsatzprogramm zielt auf Verteidigung eines Sozialstaates, der auf einer liberalen marktwirtschaftlichen Ordnung beruhen soll. Und was ich gegenwärtig an gewerkschaftlichen Forderungen sehe - ganz exemplarisch anhand des Positionspapiers *Sicherheit im Wandel* seitens der IG Metall und danach folgerichtig an der aktuellen Initiative zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung -, das ist dadurch geprägt. Otto König und Richard Detje haben diese Initiative im *Sozialismus* 6/2021 m. E. zutreffend analysiert. Sie schreiben:

Der Grundgedanke: eine gesetzlich verbrieftete paritätische Mitbestimmung und eine wirkmächtige Tarifautonomie, eingebettet in einen funktionierenden Sozialstaat, sind von herausragender Bedeutung für die soziale, ökologische und demokratische Prägung des industriellen Strukturwandels.

Dann aber schreiben sie weiter:

Mitbestimmungsinitiativen kommen nicht vom Fleck, wenn sich in ihnen keine breite Debatte in der Mitgliedschaft widerspiegelt. Es gehe um neue Demokratieimpulse, eine Arbeitspolitik von unten, die Herauslösung der Mitbestimmung aus den Zwängen betrieblicher Wettbewerbspolitik.

Ich stimme hier zu: Wenn man Beteiligung und Mitbestimmung nicht von unten denkt, hängt diese neue Mitbestimmungsinitiative in der Luft. Und für gesamtwirtschaftlich umsteuernde Eingriffe bräuchte man zusätzliche Instrumente – vor allem aber auch die Vorstellung, dass solche Eingriffe erforderlich und möglich sind. Richard Detje und Dieter Sauer haben aber in ihrer jüngsten Untersuchung gefunden, dass *für das Gros der von ihnen befragten betrieblichen Interessenvertretungen (...) das ökonomische Feld nicht wirklich umkämpft* ist. Und das *nicht weil man nicht um dessen Relevanz wüsste. (...) Vielmehr sieht man sich selbst eher nicht als Akteur in diesem Feld.* Es sei ein ‚fremdes‘ Terrain. Die *Entscheidungsparameter dort seien intransparent. Man habe keinen Zugang.* Dass das trotz der Mitbestimmung in Betrieb und

Unternehmen so ist, wird den nicht überraschen, der weiß, dass es da schon immer eine stillschweigende Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung zwischen Arbeitnehmervertretern (für das Soziale) und Anteilseignern (für die Wirtschaft) gegeben hat.

Die Corona-Krise war bzw. ist ganz und gar kein „Turbo“ für mehr Demokratie und Solidarität im Betrieb, schreiben Richard Detje und Dieter Sauer am Schluss ihrer Untersuchung. Und ich würde hinzufügen: für tiefgreifende Veränderungen findet man derzeit eher Impulse in der Ökologiewebung oder bei neuen sozialen Bewegungen die gegen anwachsende autokratische Kräfte und Regime radikal herrschaftskritisch – in Bezug auf Geschlecht und Ethnien – eine Stärkung demokratischer Rechte und entsprechender Rechtsstaatlichkeit fordern. Und wenn es am Ende – bei ähnlicher Herrschaftskritik im Hinblick auf unseren Umgang mit der Natur – wirklich um ziemlich grundlegende Veränderungen unserer Arbeits- und Lebensweise gehen sollte, dann stehen unsere Gewerkschaften vor der Frage, ob sie eigentlich als das, was sie heute sind - richtiger worauf sie seit der Oberhausener Tagung „Qualität des Lebens“ 1972 über Jahrzehnte hinweg begrenzt worden sind und sich auch haben begrenzen lassen -, einen solchen Anspruch auf ein politisches Mandat überhaupt noch erheben können.

Es wird dazu jedenfalls neuer arbeitspolitischer Initiativen unten wie oben in den Gewerkschaften brauchen. Und starke gesellschaftspolitische Veränderungsimpulse werden jedenfalls nur mit Bündnispartnern möglich werden, die solche Fragen aus ihren jeweils anderen sozialen Perspektiven heraus aufwerfen – und der gesellschaftspolitische Raum für die Entfaltung solcher Ansätze wird sehr wesentlich davon bestimmt sein, ob es gelingt, mit so etwas wie einem *Grünen New Deal* die uns bislang beherrschenden Dogmen einer Austeritätspolitik und eines „Weiter so“ im neoliberalen Geist gesellschaftspolitisch weiter aufzubrechen – national und in Europa.

Verwendete Quellen und Literatur:

- Altreiter, C.; Flecker, J.; Papouschek, U.; Schindler, S.; Schönauer, A. (2019): Umkämpfte Solidaritäten: Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft, *Sozialismus* 7/8 2019, S. 17-24
- Bischoff, J.; Müller, B. (2020): Auf wessen Schultern? Die Corona-Pandemie befördert die soziale Ungleichheit, Supplement zu Heft 11/2020 der Zeitschrift *Sozialismus*
- (2021): Lohnarbeit während der Pandemie, in: *Sozialismus* 7/8 2021, S. 17-24
- Camus, A. (2016). *Der Mensch in der Revolte*, Reinbek bei Hamburg (31. Auflage)
- Detje, R.; Sauer, D. (2021): *Corona-Krise im Betrieb. Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen*, Hamburg
- Dörre, K. (2020): Zur ökologischen Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Luxemburg Lecture von Klaus Dörre 3.10. 2020 :<https://www.rosalux.de/mediathek/media/element/1357?cHash=180807343659e79cf291106752b80ab8>
- Ferber, C. v. (1961): *Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung*. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- FNPA (2021): *Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Mit welchen Risiken und Chancen hat die Pandemie die Arbeitswelt in Bewegung gebracht?* www.fnpa.eu
- Gotto, B. (2019): *Erinnerungskulturen sozialer Demokratie. Ein schöngeredeter Misserfolg? Erinnerungen an das 1976er Mitbestimmungsgesetz*. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“, Düsseldorf, hbs-de
- Hensche, D. (2021a): Phantasie und Handlungsmacht. Voraussetzungen einer Demokratieoffensive, in: Schmitz, C.; Urban, H.—J. (Hg.): *Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik?* Jahrbuch *Gute Arbeit* 2021, Frankfurt am Main
- (2021b): Zum politischen Mandat der Gewerkschaften. Eine Intervention zum 60. Geburtstag von Hans-Jürgen Urban, in: *Sozialismus* 7/8 2021, S. 31-36
- Holst, H. (2021): *Arbeitswelt-Monitor, Arbeit bei Corona*, www.arbeit-corona.uni-osnabrueck.de
- IG Metall Vorstand (2013): *Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa*. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- (2021): *Arbeitspapier 5/21. Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung der Transformation*
- König, O.; Detje, R. (2021): *Zukunftsthema Mitbestimmung. DGB-Gewerkschaften starten Initiativen zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung*, in: *Sozialismus* 6/2021, S. 52-56
- Lehndorff, S. (2012b): *„Besser statt billiger Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn*. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): *Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für*
- Mbembe, A. (2020): *Die Leben wägen. Covid 19 hat eine Reihe von dunklen Ahnungen bekräftigt, hat uns das Chaos, die Gewalt und die Ungerechtigkeit vor Augen geführt, die die Welt strukturieren*, in: *SZ* 05.08. 20230
- Martens, H.: (2010): *Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, Hamburg
- (2020): *Krise und ‚Normalität‘ – Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘ oder als Impuls neu und anders zu denken – ein Essay*, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
- (2021): *Transformation und Demokratie*, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
- (2021): *Gewerkschaften für Sicherheit im Wandel oder vor der Herausforderung zu einer neuen Politik der Arbeit angesichts ökonomisch-ökologischer Krisendrohungen. Ein Essay*, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2001): *Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit*, Frankfurt am Main
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, www.fnpa.eu
- Mayer-Ahuja, N. (2021): *Demokratie in Zeiten der Digitalisierung?*, in: Schmitz, C.; Urban, H.—J. (Hg.) (2021): *Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik*, Jahrbuch *Gute Arbeit* Ausgabe 2021, Frankfurt am Main, S. 77-88

- Mertens, K. (2021): alles.bleibt.anders, Input zum FNPA-Workshop Arbeit und Demokratie nach Corona
- Misik, R; Altreiter, C. (2020): Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien der Gegenwartsgesellschaften. Robert Misik und Carina Altreiter im Bruno Kreisky Forum Wien, 14.03.2020
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. O. (2001): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Schmitz, C.; Urban, H.-J. (Hg.) (2021): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik, Jahrbuch Gute Arbeit Ausgabe 2021, Frankfurt am Main
- Tullius, K.; Wolf, H. (2016):, Moderne Arbeitsmoral: Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche von Erwerbstätigen heute in: wsi-Mitteilungen 7/2016, S. 493-502
- Vester, M. (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 bis 1848, Frankfurt am Main